

Begründung in gesellschaftlicher Perspektive:

Im Dialog mit der Welt – nicht mit sich selbst!

Konziliare Impulse für einen neuen synodalen Prozess

»Wir bleiben miteinander im Gespräch!« – mit dieser Floskel endet wahrscheinlich im Herbst 2015 der von DBK und ZdK veranstaltete mehrjährige »Dialogprozess«. Sie wird häufig verwendet von Personen, die sich eigentlich nichts mehr zu sagen haben, aber dennoch ihre Beziehung nicht beenden wollen. Kirchenvertreter wählen diese Versicherung, wenn sie bei einem Austausch mit Politikern feststellen müssen, wie weit ihre Vorstellungen – etwa in bioethischen Fragen – auseinanderliegen. Oft unausgesprochen bleibt dabei der Nachsatz: »Wir werden erst dann wieder miteinander reden, wenn sich bei Euch etwas bewegt!«

Erst wenn die Kirche neue Formen und Formate dialogischer Zeitgenossenschaft praktiziert, kann sie zeigen, was sie zu sagen hat

Hans-Joachim Höhn



Seit Jahren regen sich in der Kirche Reformkräfte, die innerkirchlich so viel bewegen wollen, dass sich die Kirche im Ganzen wieder auf die moderne Gesellschaft zu bewegt. Wenn dies gelingt, so hofft man, wird sie wieder stärker Gehör finden – für ihre ethischen Anliegen und für ihre religiöse Botschaft. Bis es so weit ist, hat sie interne Dialogdefizite zu beseitigen. Daher zielen zahlreiche innerkirchliche Reformanliegen vor allem auf den Ausbau von Partizipationsmöglichkeiten an kirchlichen Entscheidungsprozessen. Der in den letzten Jah-

ren von DBK und ZdK geführte »Dialogprozess« ist diesem Anliegen zwar entgegen gekommen, aber selbst eine weitgehend geschlossene Veranstaltung gewesen. Getagt wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Die anschließende Medienarbeit erschöpfte sich meist im Lob einer guten Atmosphäre und in der unverbindlichen Beteuerung, das begonnene Gespräch fortsetzen zu wollen.

Es ist an der Zeit, dass aus unverbindlichen Angeboten verbindliche Zusagen gemacht werden, aus denen konkrete Maßnahmen hervorgehen. Die passenden Instrumente liegen längst bereit. Es gibt auf nahezu allen Ebenen des kirchlichen Lebens synodale Strukturen, die für synodale Prozesse genutzt werden können. Allerdings dürfen sie nicht länger für kirchliche Selbstgespräche über die ewig gleichen Reizthemen genutzt werden. Eine der vordringlichsten Aufgaben ist eine zeit- und evangeliumsgemäße Verhältnisbestimmung von Kirche und Gesellschaft, Glaube und Kultur, Christentum und Moderne anhand säkularer Reizthemen. Zeitgemäß ist sie, wenn die Kirche dieses Verhältnis nicht im Alleingang bestimmen will. Sie wird dann wieder nur einen Dialog mit sich selbst führen – aber nicht mit der Gesellschaft! Evangeliumsgemäß ist sie, wenn sie die politisch-soziale Dimension des christlichen Glaubens demonstriert: Das Evangelium ist Konsequenz eines Geschehens, in dem die Wirklichkeit Gottes im Widerstreit von Leben und Tod, von Freiheit und Unterdrückung, von Macht und

Ohnmacht erfahrbar geworden ist. Als Konsequenz dieses Geschehens muss der Glaube Konsequenzen haben in jenen Lebensbereichen, in denen er auf Unfreiheit, Ohnmacht und Missachtung des Menschen trifft. Der Einsatz für Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden und das Bemühen, die eigene Existenz in Gott zu verwurzeln, sind im Christentum keine Alternative. Beides bedingt sich vielmehr wechselseitig. Die Kirche mag zahlenmäßig kleiner werden; sie kann es sich aber nicht leisten, in ihrem sozialen, politischen und kulturellen Engagement kleinlich zu werden. Im Gegenteil: Erst wenn die Kirche neue Formen und Formate dialogischer Zeitgenossenschaft praktiziert, kann sie zeigen, was sie zu sagen hat. Und erst wenn sie neue Foren des Dialogs mit ihren Kritikern und Verächtern etabliert, kann sie verstehen, warum sie mit ihrer Botschaft häufig nicht verstanden wird.

In den folgenden Thesen wird ein Plädoyer für die Suche nach neuen Formen synodaler und konziliarer »Versammlungen« entwickelt. Für diese Suche wird zunächst Maß genommen an den Veränderungen im Verhältnis von Kirche, Staat und Gesellschaft, die in den letzten Jahrzehnten eingetreten sind. Diese Veränderungen haben der Kirche den Status einer staatsanalogen Größe oder einer dem Staat korrespondierenden öffentlichen Hoheitsmacht genommen. Sie steht nicht mehr neben dem Staat, sondern ihm bestenfalls gegenüber. Aber auch »Volkskirche« kann sie nur noch im übertragenen Sinne sein. Sie muss realisieren, dass sie im gesellschaftlichen Kontext allenfalls als »zivilgesellschaftlicher« Akteur wahrgenommen und anerkannt wird. Dieser Statuswechsel hat keineswegs nur Nachteile für die Antreffbarkeit christlicher Positionen in der Gesellschaft. Die

damit eröffneten Vorteile lassen sich jedoch nur nutzen, wenn die Kirche zivilgesellschaftliche Aktionsmuster und Organisationsformen ausbildet. Unter dieser Rücksicht kommt synodalen Strukturen und Prozessen in der Kirche eine besondere Bedeutung zu.

Für ihren Aus- und Umbau im Dienste des zivilgesellschaftlichen Engagements der Kirche lassen sich zahlreiche Impulse des II. Vatikanums anführen. Es ist allerdings an der Zeit, im Jahr 2015 nicht wieder in einer Retrospektive dieses Weltereignisses zu gedenken. Wenn man seinen Schlüsseltext »Gaudium et spes« (GS) liest, hat man einen Impulstext in der Hand. Unabgegolten ist nicht zuletzt sein Anstoß, beim Nachdenken über die Kirche eine gesellschaftliche Außenperspektive in eine theologische Innenperspektive derart einzubauen, dass der Blick *von* außen nicht erst nachträglich den Blick *nach* draußen schärft. Kann es sein, dass erst im Blick von außen der Kirche etwas über ihre eigene Botschaft aufgeht, auf das sie von selbst nicht käme? Sollte man in einem synodalen Prozess nicht endlich auch jene Zeitgenossen zu Wort kommen lassen, die der Kirche fernstehen und ihr aus der Distanz etwas zu sagen haben?

I. Akteur in der Zivilgesellschaft

Die Kategorie »Zivilgesellschaft« steht für jene Sphäre politischer und medialer Öffentlichkeit, die sich zwischen die Leitsysteme Staat und Wirtschaft einerseits und die private Lebenswelt andererseits geschoben hat. Sie wird von einer Vielzahl nicht-staatlicher und nicht-ökonomischer Vereinigungen, sozialer Bewegungen, Gruppen, Verbände und Initiativen genutzt als Arena der Darstellung und Diskussion von Angelegenheiten, die von öffentlichem Interesse sind. Der Kirche eröffnet sich in diesem Kontext die Möglichkeit, der Abstufung des Evangeliums zu einer reinen Privatangelegenheit oder der Verdrängung ins gesellschaftliche Niemandsland entgegenzutreten. Die Zivilgesellschaft würde ihr eigenes Leitbild vor allem im Blick auf die Teilnehmer und Themen öffentlicher Debatten um gemeinwohlrelevante Fragen diskreditieren, wenn sie die Kirche als Gemeinwohlakteur nicht anerkennen und nicht an den ethischen Selbstverständigungsdiskursen der Gesellschaft beteiligen wollte. Auf eine Zufuhr öffentlich diskutierbarer Ideen eines »gerechten Lebens« bzw. relevanter Beiträge zur Sicherung des Gemeinwohls sind demokratische Institutionen sogar angewiesen, sollen sie gesellschaftlich gewünschte Auswirkungen sozialen und ökonomischen Handelns durch allgemein bindende Entscheidungen herbeiführen.

II. Sich den existenziellen und sozialen Fragen stellen

Wenn sich die Kirche als zivilgesellschaftlicher Akteur betätigen und auf diese Weise dem Öffentlichkeitsanspruch des Evangeliums gerecht werden möchte, muss sie intern dafür gerüstet sein. Was sich das II. Vatikanum vorgenommen und die Würzburger Synode aufgegriffen hat,

darf kein einmaliges Ereignis bleiben. Es ist längst wieder an der Zeit, »nach den Zeichen der Zeit zu forschen und sie im Licht des Evangeliums zu deuten, so daß sie in einer der jeweiligen Generation angemessenen Weise auf die bleibenden Fragen der Menschen nach dem Sinn des gegenwärtigen und des zukünftigen Lebens und nach dem Verhältnis beider zueinander Antwort geben kann« (GS 4). Diese konziliare Kurzformel benennt prägnant, dass und wie die Kirche auf zeitgemäße Weise dem Evangelium gerecht werden muss. Sie hat sich den existenziellen und sozialen Fragen zu stellen, die sich hier und jetzt ergeben und zugleich über den Tag hinaus von Belang sind. Zugleich wird eine doppelte Fokussierung der Verkündigung verlangt: zeit- und biographienah einerseits und von den Quellen des Glaubens inspiriert andererseits.

III. In kritischer Solidarität

Die Kirche ist dazu da, dass der Folgenreichtum des Evangeliums offenbar wird – nicht allein in der privaten Lebenswelt, sondern auch in der Öffentlichkeit. An diesem Folgenreichtum hängen ihre Identität und ihre Relevanz. Was die säkulare Gesellschaft von ihr erwartet, ist ihre Resonanzfähigkeit für eine sich dramatisch verändernde Welt. Nicht die Errichtung einer Gegenwelt, sondern die kritische Solidarität mit der Welt ist das Gebot der Stunde. Diese Solidarität lebt auf in einer dialogischen Beziehung zwischen Kirche und Welt, die bei aller notwendigen Sozialkritik in der Welt nicht bloß alles Negative und alles Negative nicht bloß in der Welt wahrnimmt. Vielmehr gilt es auch das anzuerkennen, »was an Gutem in der heutigen gesellschaftlichen Dynamik vorhanden ist«, und mit Achtung zu

blicken »auf alles Wahre, Gute und Gerechte, das sich die Menschheit in den verschiedenen Institutionen geschaffen hat und immer neu schafft« (GS 42). Diese Anerkennung lebt im und vom Dialog mit allen Menschen guten Willens, mit den Angehörigen anderer Religionen und Konfessionen. Verlangt ist, »daß wir ... bei Anerkennung aller rechtmäßigen Verschiedenheit gegenseitige Hochachtung, Ehrfurcht und Eintracht pflegen, um ein immer fruchtbareres Gespräch zwischen allen in Gang zu bringen, die das eine Volk Gottes bilden, Geistliche und Laien. Stärker ist, was die Gläubigen eint als was sie trennt. Es gelte im Notwendigen Einheit, im Zweifel Freiheit, in allem die Liebe« (GS 92).



IV. Das unterscheidend Christliche betonen: was alle Menschen verbindet

In den letzten Jahren ist es üblich geworden, von Christen zu fordern, sie sollten im Kontext sozialer und religiöser Pluralität etwas Eigenes, d. h. von den Vertretern anderer sozialer Verbände und Religionen Verschiedenes sein und sagen. Etwas Eigenes und Unverwechselbares

sein und sagen zu sollen, wird hier so gedeutet, dass es sich um etwas »unterscheidend« Christliches handelt. Auf den ersten Blick scheint dies eine selbstverständliche Bedingung für zivilgesellschaftliche Diskurse zu sein. Ein Gespräch lebt davon, dass alle Beteiligten etwas Eigenes einbringen und dieses Eigene soll gegenüber Anderen etwas Verschiedenes sein. Diese Auffassung ist allerdings im Kontext weltanschaulicher und religiöser Pluralität problematisch.

Die Aufforderung, etwas Eigenes und Unverwechselbares sein und sagen zu sollen, unterschlägt, dass das »unterscheidend« Christliche nicht per se identisch ist mit dem »entscheidend« Christlichen. Wer unterscheidet, muss ausscheiden und ausschließen. Wer aber in und durch den Vorgang des Ausschließens seine Identität wahren will, erweist sich sehr bald als Vertreter einer Ideologie. Ideologien schließen sich in ihren Inhalten und Zielen gegenseitig aus und knüpfen ihre Identität an das, womit sie sich gegenseitig bekämpfen.

Der Ideologiefalle kann die Kirche am ehesten dadurch entgehen, dass sie das »unterscheidend« Christliche als dasjenige identifiziert, das alle Menschen verbindet, eint und sie einander gleich macht. Eben dies ist der Heilswille Gottes, der jeden Menschen zum Adressaten einer unbedingten Zuwendung macht. Es ist die Orientierung am alle Menschen Verbindenden, das die Kirche zum Einsatz für Menschenrechte und ein globales Gemeinwohl motiviert (vgl. GS nr. 3, 26, 92).

Die Orientierung am alle Menschen Verbindenden macht das »entscheidend« Christliche im sozialen und politischen Kontext aus. Erst die Orientierung daran macht die Kirche un-

terscheidbar von sozialen und religiösen Bewegungen, die nur partikulare Eigeninteressen vertreten oder sich der Lobbyarbeit hingeben.

V. Akteur für das Heil aller Menschen

Gegen die vom Gedanken der Differenz und der Exklusion geleitete Verengung in der Organisationsform der Kirche steht auch ihre theologische Sinnstruktur: In der Kirche wird Gottes Wille zur Gemeinschaft mit den Menschen »konkret«, d.h. sozial antreffbar und getragen vom Geist Gottes übersetzt in die Lebensverhältnisse des Menschen. Gleichwohl ist das Wirken dieses Geistes nicht auf seine kirchliche Antreffbarkeit begrenzt. Gott will das Heil aller Menschen (1 Tim 2,4) – auch jener, die nicht zur Kirche gehören. Und eben dies bezeugt die Kirche! Zum Wesen und Auftrag der Kirche gehört es somit, Ereignis und Gestalt der Zuwendung Gottes zu den Menschen zu sein, die nicht an den Grenzen der Kirche endet. Dies schmälert nicht, dass dort, wo die Zuwendung Gottes Ereignis und Gestalt wird, die Gemeinschaft mit Gott unüberbietbar und uneingeschränkt präsent ist. Die Kirche repräsentiert jene Wirklichkeit, die in ihr unüberbietbar präsent ist, aber sie zugleich übersteigt.

VI. Mit sozialer Phantasie und politischer Kreativität

Zur soziologischen Zuschreibung als zivilgesellschaftlicher Akteur fügt sich stimmig die theologische Selbstbeschreibung der Kirche als »Bürgerinitiative des Heiligen Geistes«. Beide Deutungsmuster machen klar, dass sich die Kirche als dynamische Wirklichkeit realisieren und aus sich heraus- und über sich hinausgehen muss. Sie muss »kampagnenfähig« sein, etwas lostreten können, sich für begrenzte Zeit einem

Projekt verschreiben und ebenso bereit sein, sich nach getaner Tat nach neuen Projekten umzusehen. Dabei ist ihr quantitativer Bestand nur von sekundärer Bedeutung; primär kommt es auf soziale Phantasie und politische Kreativität an. Die von vielen kirchlichen Gruppen mitgetragene Aktion »Erlassjahr 2000« hat gezeigt, dass es möglich ist, ein drängendes soziales Thema (Verschuldung der »Dritten Welt«) öffentlichkeitswirksam bewusst zu machen und ebenso (christliche) Motive und (politische) Ziele derart in Szene zu setzen, dass selbst die Teilnehmer des Weltwirtschaftsgipfels in Köln 1999 darauf in ihren Beschlüssen eingegangen sind. Solche Aktionen erweisen sich umso durchschlagkräftiger, je mehr sie zuvor in konziliaren und deliberativen Prozessen auf einer breiten Basis vorbereitet wurden.

VII. Die Partitur von Gottes Zuwendung zum Menschen aufführen

Was folgt aus diesen Überlegungen für den Vorschlag, in den nächsten Jahren einen synodalen Prozess in Gang zu setzen, der nicht zu folgenlosen Resolutionen und Memoranden führt? Bereits im Vorfeld sollte klar sein, dass am Ende nicht bloß »Denkschriften«, sondern Taten produziert werden. In den letzten Jahren war das entscheidende Manko aller an die Öffentlichkeit adressierten Stellungnahmen von DBK und ZdK, dass sich ihre Autoren nicht ausreichend um den Rezeptionsprozess ihrer Texte gekümmert haben. Man veranstaltet eine Pressekonferenz, verteilt Pressemappen und lässt es damit gut und genug sein. Eine gut vorbereitete Pressekonferenz ist aber nicht genug. Die Verantwortung für ein Memorandum, einen Hirtenbrief, einen Appell endet nicht mit der Endredaktion eines Textes, sondern

verlangt auch die Sorge um ein »follow up«. Die wohlfeile Kritik an einem tatenlosen Gremienkatholizismus ist nur dann zu entkräften, wenn die dabei entstandenen »Sozialworte« die Eigenschaften von Partituren haben. Eine Partitur verlangt, dass sie aufgeführt und nicht bloß gelesen wird. Um was es ihr wirklich geht, wird erst klar, wenn man das praktiziert, wofür die Notenzeichen stehen. Wenn Partituren nicht in einer »performance« realisiert werden, hat man nicht verstanden, was Partituren sind und wollen. Das Evangelium Jesu ist die Partitur von Gottes unbedingter Zuwendung zum Menschen. Es drängt darauf, in den Lebensverhältnissen des Menschen aufgeführt zu werden. Hinter diesem Anspruch bleiben alle Treffen von Christen zurück, bei denen Texte produziert werden, die nicht auch den Charakter von Partituren haben. Wird dies bei dem Vorschlag zu neuen synodalen Initiativen in der Kirche nicht bedacht, wird am Ende außer bedrucktem Papier wenig herauskommen. Um dies zu verhindern, könnte man den zwischen DBK und ZdK geführten »Dialogprozess« mit seiner thematischen Orientierung an den kirchlichen Grundvollzügen – Diakonie, Verkündigung, Liturgie – in einen zweiten, dreijährigen Durchgang schicken. Als Ergebnis müsste am Ende eines Jahres jeweils die Verabschiedung eines konkreten caritativen, missionarischen und liturgischen Projektes stehen, das dann im Folgejahr in allen deutschen Diözesen unter Beteiligung aller dem ZdK angehöriger Verbände realisiert wird. Ein zusätzlicher »trickle-down«-Effekt ließe sich erzielen, wenn man nach diesem Muster Regional- bzw. Diözesansynoden veranstalten würde, die ebenfalls mit verbindlichen und überprüfbaren Projekten und Maßnahmen aufwarten.

An diesem »Dialogprozess II« sollten außerdem kirchenferne Sympathisanten des Evangeliums und unbequeme Wortführer der Kirchen- und Christentumskritik beteiligt werden. Denn ein wesentliches innerkirchliches Problem ist das Unverständnis, mit dem auf das Unverständnis der kirchlichen Verkündigung in der säkularen und medialen Öffentlichkeit reagiert wird. Daran lässt sich nur etwas ändern, wenn auf kirchlichen Synoden beides thematisiert wird – und beide Seiten zu Wort kommen. Vor allem aber muss gewährleistet sein, dass diese Treffen nicht hinter verschlossenen Türen stattfinden. Die Kirche kann nur Resonanz finden, wenn sie im Wettstreit um öffentliche Aufmerksamkeit mehr riskiert und ihren medialen Einsatz erhöht. Wer bei künftigen synodalen Katholikentreffen nicht vor Ort präsent sein kann, muss dennoch daran »in Echtzeit« partizipieren können.



Professor Dr. Hans-Joachim Höhn hat den Lehrstuhl für Systematische Theologie und Religionsphilosophie am Institut für Katholische Theologie der Universität Köln inne.

Im März 2015 erscheint von ihm: Praxis des Evangeliums. Partituren des Glaubens: Wege theologischer Erkenntnis. Echter Verlag, Würzburg, 280 Seiten, 19,90 Euro.